



# **Adliswilereien**

## **Informationen aus dem Gemeinderat**

### **Sitzung vom Mittwoch, 15 Dezember 2021**

**Von Wolfgang Liedtke**

Die Sitzung im Dezember ist Budget-Sitzung. In diesem Jahr gab es keine weiteren Geschäfte, so dass neben der ausserordentlichen Fragestunde nur der Aufgaben- und Finanzplan 2021 - 2025 und das Budget 2022 traktandiert waren. Wie bereits vor einem Jahr angekündigt beantragte der Stadtrat eine Erhöhung des Steuerfusses um 2 auf 102 Prozent. In den Tagen vor der Sitzung des Gemeinderates hatte die Rechnungsprüfungskommission (RPK) ihren Antrag formuliert, der eine gleichmässige Reduktion der Einzelbudgets vorsah und eine Steuerfusserhöhung ablehnte. Daraufhin hatten vier Fraktionen, unter anderem die SP, gemeinsam einen Gegenantrag eingereicht, der dem Antrag des Stadtrates entsprach. Es gab eine rechnerische, knappe Mehrheit für den Gegenantrag. Der Ausgang der Abstimmungen war jedoch unsicher, weil Absenzen oder einzelne Abweichler in den Fraktionen den Gegenantrag gefährden konnten.

#### **Erklärungen und Mitteilungen**

In einer Fraktionserklärung der SP lobte Xheli Etemi den Weihnachtsbaum auf dem Bruggeplatz und bezeichnete ihn ironisch als gelungenen Start für eine Begrünung des Platzes. Stadträtin Carmen Marty Fässler (SP) gab bekannt, dass das Fussgänger- und Veloverkehrskonzept fertiggestellt sei und von der Website der Stadt heruntergeladen werden könnte. Stadtpräsident Farid Zeroual (Mitte) informierte darüber, dass der Regierungsrat die neue Gemeindeordnung von Adliswil genehmigt hat und sie deshalb ab 1. Januar 2022 in Kraft treten wird. Karin Fein (FW) wies darauf hin, dass mit der neuen Gemeindeordnung auch die darin verankerte Schuldenbremse wirksam würde. Katya Willimann (SP) lobte im Namen der SP-Fraktion den neuen Bushof und dankte allen Beteiligten, insbesondere der Stadträtin Carmen Marty Fässler (SP).

#### **Ausserordentliche Fragestunde**

*Gebäude Swiss Re am Soodring – Beteiligungen an Gesellschaften, Organisationen – WC am Bushof*

Erwin Lauper (SVP) erkundigte sich nach der Zukunft des Swiss Re-Gebäudes nach dem Wegzug der Swiss Re und wollte ausserdem wissen, ob der Stadtrat in Kontakt zum Eigentümer des Gebäudes stehe. Stadtpräsident Farid Zeroual (Mitte) informierte darüber, dass der Stadtrat in Kontakt mit der Swiss Re und dem Eigentümer stehe. Eine für Dezember vereinbarte gemeinsame Sitzung sei auf den Januar verschoben worden.

Bernie Corrodi (FW) fragte nach den Beteiligungen der Stadt an Gesellschaften, Stiftungen und anderen Organisationen und wollte für die Zukunft gerne Eckdaten zu den Geschäftsverläufen dieser Institutionen haben. Stadträtin Karin Fein (FW) schlug vor, die Informationen zu den Geschäftsverläufen zukünftig in die Jahresberichte der Stadt aufzunehmen. Hinsichtlich der Beteiligungen erwähnte sie drei Aktiengesellschaften, vier Baugenossenschaften, die Spitex Adliswil, Mitgliedschaften in diversen kommunalen Zweckverbänden sowie über eine Schenkung eine Beteiligung an der Stiftung SABA.

Urs Weyermann (SVP) wollte wissen, ob es im neuen Bushof ein öffentliches WC gebe. Stadträtin Carmen Marty Fässler (SP) antwortete, dass im Bushof nur ein WC für die Busfahrerinnen und Busfahrer existiere. Die Nutzer des ÖV werden auf das bestehende WC im Bahnhof Adliswil verwiesen.

## **Finanz- und Aufgabenplan 2021 – 2025**

Der Präsident der RPK, Thomas Iseli (FDP) eröffnete die Debatte zum Finanz- und Aufgabenplan. Er machte auf die geplanten Investitionen in Höhe von 93 Mio. Franken aufmerksam. Da diese Investitionen erfahrungsgemäss nur zu 70 Prozent umgesetzt werden könnten, müssen dementsprechend auch die Abschreibungen geringer als budgetiert ausfallen, was zu besseren Rechnungsergebnissen führen würde. Die finanzielle Zukunft der Stadt hielt er nicht für besorgniserregend. Die Corona-Pandemie habe Adliswil finanziell nicht aus der Bahn geworfen. Ausserdem würde die während der Pandemie vorangetriebene Digitalisierung zu Einsparungen in der Verwaltung führen. Er vertrat die Ansicht, dass anstelle einer Steuerfusserhöhung der Selbstfinanzierungsgrad angepasst werden sollte. Er monierte, dass laut dem Finanz- und Aufgabenplan die Steuerausscheidungen bis 2026 rapide abnehmen werden. Tatsächlich gebe es aber immer zeitliche Verzögerungen bei den Steuerausscheidungen, so dass Adliswil noch für einige Jahre länger von den daraus resultierenden Einkünften profitieren könnte. Der Finanzplan sei zu konservativ gerechnet. Neue Wohnungen würden in den kommenden Jahren bessere Steuerzahler nach Adliswil bringen. Es befänden sich zudem 9 Mio. Franken in der finanzpolitischen Reserve. Eine Erhöhung des Steuerfusses sei deshalb nicht notwendig und während der Corona-Pandemie den Steuerzahlern nicht zumutbar.

Mario Senn (FDP) wies darauf hin, dass die Investitionen jetzt auf einem Höhepunkt seien, ab 2023 aber abnehmen würden. Er stellte eine gewissen Unsicherheit bezüglich der Steuereinnahmen wegen der Pandemie fest, vertrat aber die Ansicht, dass der Spielraum bis zur Schuldenobergrenze noch nicht ausgeschöpft sei. Er forderte, dass das Steuersubstrat stabil bleiben müsse. Deshalb müsse man bei der Planung von neuen Wohnungen darauf achten, wieviel Steuern die zukünftigen Inhaber dieser Wohnungen nach Adliswil bringen. Darüber hinaus müsse man sparsam bei den Ausgaben sein.

Esen Yilmaz vertrat die Meinung der SP-Fraktion wie folgt:

*Obwohl die grössten Investitionen bewilligt sind, diese nach und nach auch rollend getätigt werden, wird uns der Finanzplan 2021 – 2025 trotzdem weiter beschäftigen. Aufgrund der steigenden Verschuldung des städtischen Haushaltes hat der Stadtrat die Prioritäten überarbeitet und diverse Projekte auf später verschoben und damit das Investitionsvolumen um 20 Prozent reduziert. Das ist sehr haushälterisch und vernünftig.*

*In seiner Prognose rechnet der Stadtrat mit einem Ertragsüberschuss von rund 5.3 Mio. Franken in der Erfolgsrechnung 2021. Budgetiert war ein Ertragsüberschuss von knapp 1.5 Mio. Franken. Das bessere Ergebnis gegenüber dem Budget ist auf Mehreinnahmen bei den Steuererträgen aus Vorjahren und den Grundstückgewinnsteuern sowie auf einen Aufwertungsgewinn einer Liegenschaft zurückzuführen. Die bisher hohen Steuerausscheidungserträge werden, gemäss Prognose, ab dem Jahr 2022 einen spürbaren Rückgang erfahren und sich im Umsatz der Erfolgsrechnung der Stadt Adliswil auswirken.*

*Die Erfolgsrechnung generiert in den Jahren 2021 – 2025 einen Cashflow von 42 Mio. Franken, womit 35 Prozent des hohen Investitionsvolumens von 121 Mio. Franken selbst bezahlt werden kann. Dank Entnahmen aus der finanzpolitischen Reserve und einer Steuerfusserhöhung ab dem Jahr 2022 soll die Erfolgsrechnung bis Ende 2023 ausgeglichen sein. Danach resultieren Aufwandüberschüsse. Der Bilanzüberschuss sinkt bis Ende Planperiode auf rund 79 Mio. Franken.*

*Der mittelfristige Ausgleich der Erfolgsrechnung über 8 Jahre (2018 - 2025) sieht einen Ertragsüberschuss von rund 2 Mio. Franken vor. In der letztjährigen Finanzplanung war ein Ertragsüberschuss von 25 Mio. Franken prognostiziert. Die in den letzten beiden Jahren zurückgestellten finanzpolitischen Reserven im Umfang von 9 Mio. Franken werden voraussichtlich Ende Planperiode im Jahr 2025 aufgelöst sein.*

*Der Stadtrat rechnet ab dem Jahr 2023 mit einem leichten Anstieg der Steuereinnahmen. Vorausgesetzt es findet eine Normalisierung der globalen Pandemie-Situation statt. Der Stadtrat rechnet in seiner Planung mit einem Zuwachs der Bevölkerung Adliswils. In der*

nächsten Planperiode wird ein Anstieg von ca. 1'300 Personen auf rund 20'300 Bewohner prognostiziert.

In der aktuellen Finanz- und Aufgabenplanung 2021 – 2025 sind Nettoinvestitionen von rund 93 Mio. Franken im steuerfinanzierten Haushalt geplant. Der Investitionsbedarf Adliswils liegt damit, verglichen mit der Periode 2020 – 2024 (117 Mio. Franken), um rund 24 Mio. Franken tiefer.

In den Jahren 2021 und 2022 werden im steuerfinanzierten Haushalt Investitionen von 69 Mio. Franken realisiert. Der tiefe Cashflows erfordert, dass diese Investitionen zu 82% mit Fremdkapital finanziert werden müssen. Dies führt trotz steigender Verschuldung, aufgrund des historisch tiefen Zinsniveaus, zu keinem erheblichen Anstieg des Finanzaufwandes. Das zu verzinsende Fremdkapital wird sich in der Planperiode 2021 – 2025 von 80 Mio. auf rund 160 Mio. Franken verdoppeln. Der Zinsaufwand Ende Planperiode im Jahr 2025 beträgt voraussichtlich 1,3 Mio. Franken. Dies entspricht rund 1 Prozent eines Jahresumsatzes der Stadt Adliswil.

Hier eine Übersicht über die wichtigsten Investitionsvorhaben

- a) Total steuerfinanzierte Grossprojekte im Wert von mehr als einer Million: 79.72 Mio.
- b) Gesamtinvestitionen Verwaltungsvermögen: Fr. 136.17 Mio.
- c) Gesamtinvestitionen Verwaltungs- und Finanzvermögen: 139.21 Mi.

Hier noch die Finanzpolitische Zielsetzung

- a) Die langfristigen Schulden dürfen aktuell sowie im Budgetjahr maximal das Doppelte der ordentlichen Steuern im Rechnungsjahr betragen.
- b) Der Kostendeckungsgrad 2021 – 2025 soll 100 Prozent betragen.

Mehrfach hat die SP-Fraktion in der Vergangenheit die Senkung des Steuerfusses als Boomerang moniert und auf die Risiken hingewiesen.

An dieser Stelle möchten wir dem gesamten Stadtrat und dem gesamten Personal für die planerische und umsichtige Arbeit, recht herzlich danken.

Stadträtin Fein (FW) ergriff zum Schluss der Debatte das Wort. Sie nahm Bezug auf Mario Senn und zeigte auf, dass der Schuldenstand der Stadt mit 125 Mio. Franken sehr nah an der Schuldengrenze von schätzungsweise 134 bis 136 Mio. Franken liege. Zwar hätten die städtischen Finanzen ein solides Fundament, durch die hohen Investitionen stehe der Stadt jedoch das Wasser bis zum Hals. Ein Abbau der hohen Schulden sei nur mit einem Überschuss in den nächsten Jahren zu gewährleisten. Die Forderung nach Sparanstrengungen konterte sie mit dem Hinweis, dass der Rotstift ständig angesetzt würde, beginnend mit den Budgetverhandlungen. Der Finanz- und Aufgabenplan sei nicht konservativ oder pessimistisch, sondern realistisch und im Vergleich zu den Vorgaben des kantonalen Gemeindeamtes sogar optimistisch.

### **Debatte zum Budget 2022**

Die Eintretensdebatte wurde wieder vom Präsidenten der RPK Thomas Iseli (FDP) eröffnet. Er knüpfte an seine vorherigen Aussagen an und verlangte, dass die Verwaltung effizienter werden und Synergien nutzen müsse. Die RPK sei sich einstimmig darin einig, dass mehr Sparanstrengungen unternommen werden müssten, und sei „grossmehrheitlich“ gegen eine Steuerfusserhöhung. Die Hochrechnungen ergeben ein positives Bild, deshalb solle man bis 2022 abwarten und den Steuerfuss auf 100 Prozent belassen. Zunächst sollten die finanzpolitischen Reserven aufgebraucht werden. Damit soll man ein positives Zeichen aussenden und unnötige Belastungen für die Einwohner und das Gewerbe vermeiden. Schliesslich kritisierte Iseli noch eine zu hohe Verzinsung der Guthaben, welche die Stadt für die ARA Sihltal, die Pensionskasse der Stadt sowie die Stiftung Adliswiler Jugend verwalte.

Sebastian Huber (SVP) kritisierte den Stadtrat scharf und verlangte eine harte und nachhaltige Steuerpolitik. Das Budget bezeichnete er als Zumutung und Zeichen für unsoliden Verhalten. Die RPK weise mit ihrem Antrag gegen eine Steuerhöhung den richtigen Weg. Huber griff die Parteien des Gegenantrages an. Von den Linken (SP und Grüne) sei ja nichts anderes zu

erwarten gewesen. Dass aber die GLP, die Mitte und die Freien Wähler mit den Linken mitmachten, sei enttäuschend. Er schloss mit der Feststellung, dass laut RPK die Ausgaben ohne Erhöhung des Steuerfusses gedeckt seien.

Esen Yilmaz (SP) argumentierte: *Mein Votum zum Budget 2022 möchte ich in Ertrag, Aufwand, Investitionen und Fazit für die bessere Lesbarkeit aufteilen.*

*Ertrag: Der Stadtrat prognostiziert in seinem Budget 2022, welches einen Umsatz von Fr. 139.7 Mio. vorsieht, einen Aufwandüberschuss von Fr. 3.7 Mio.! Dieses Ergebnis wird hauptsächlich auf Mindereinnahmen bei den Steuerausscheidungen und den Grundstücksgewinnsteuern zurückzuführen sein. Der Aufwandüberschuss soll mittels Entnahme von Fr. 3.0 Mio. aus der finanzpolitischen Reserve teils ausgeglichen werden. Den Mindererträgen stehen jedoch Mehreinnahmen beim Transferertrag von Fr. 3.9 Mio. gegenüber.*

*Aufwand: Der Aufwand weist einen Umsatz von Fr. 140.4 Mio., welches durch tiefere Zahlungen von Fr. 6.6 Mio. in den kantonalen Finanzausgleich reduziert wird und diese wiederum den tieferen Fiskalerträgen zuzuschreiben sei. Der budgetierte Aufwandüberschuss von Fr. 0.7 Mio. wird dem Eigenkapital entnommen und das Eigenkapital wird gemäss Planung Fr. 82.0 Mio. Franken betragen. Die Nettoschuld wird auf Fr. 118 Mio. Franken ansteigen, jedoch liegt die Eigenkapital-Quote bei gute 36%.*

*Investitionen: Die budgetierte Investitionssumme beläuft sich auf rund 27 Mio. Franken, im aktuellen Jahr sind es noch Fr. 51.00 Mio.! Das Fremdkapital wird rund Fr. 194 Mio. Franken betragen. Der Selbstfinanzierungsgrad der Investitionen liegt bei 64%.*

*Fazit: Nach Verbuchung der Ergebnisse 2021 und 2022 wird der Bilanzüberschuss (Eigenkapital) voraussichtlich Fr. 82 Mio. erreichen. Dank dem gegenüber den Vorjahren sinkenden Investitionsvolumen können die Projekte mit einem Selbstfinanzierungsgrad von 64 Prozent teilweise selbst finanziert werden. Mit dem beantragten Budget 2022 kann die Zielsetzung des mittelfristigen Haushaltgleichgewichts erreicht werden.*

*Die GGR muss heute über ein Budget von Fr. 85.30 Mio. auf der Ausgabenseite befinden. Der Stadtrat hatte in den Vorjahresplanungen eine Steuerfusserhöhung antizipiert. Für das Budget 2022 beantragt er dem Grossen Gemeinderat eine Steuerfusserhöhung von 100 auf 102 Prozent. Mehrfach hat die SP-Fraktion in der Vergangenheit die Senkung des Steuerfusses als Boomerang moniert und auf die Risiken hingewiesen. An dieser Stelle möchten wir dem gesamten Stadtrat und dem gesamten Personal für die planerische und umsichtige Arbeit, recht herzlich danken. Die SP-Fraktion folgt mehrheitlich dem Antrag des Stadtrates der Festsetzung des Budgets 2022.*

Ann-Kathrin Biagioli (GLP) stellte fest, dass die Steuerfusserhöhung nicht überraschend komme. Adliswil sei im Wachstum begriffen. Dies mache Investitionen notwendig, insbesondere im Bereich Bildung, wo in zusätzliche Informatikausstattung investiert werden müsse. Der finanzielle Spielraum habe abgenommen, für den Wegfall der Steuereinnahmen von der Swiss Re sei noch kein Ausgleich in Sicht. Man müsse den Gürtel enger schnallen. Andererseits seien aber durch zwei Abstimmungen, die über Zusatzleistungen im Sozialbereich sowie zum kantonalen Strassengesetz, finanzielle Belastungen der Gemeinden reduziert worden. Der RPK-Antrag stütze sich auf Schlagworte wie Digitalisierung und schlage Sparen nach dem Giesskannenprinzip vor. Die Mitte/GLP-Fraktion werde den RPK-Antrag deshalb ablehnen.

Daniel Frei (FW) gestand, dass seiner Fraktion ein tieferer Steuersatz lieber wäre und sie eine Steuerfusserhöhung kurz vor den Wahlen nicht wünschenswert fände. Doch das Wachsen der Stadt führe zu Investitionen. Die Mehrheit des Gemeinderates habe der Schuldenobergrenze zugestimmt. Jetzt müsse man die Konsequenzen tragen. Deshalb würde die FW-Fraktion dem Stadtrat ohne Freude folgen. Ein Anstieg um zwei Prozent sei besser als ein späterer um sechs Prozent, wie schon in der Vergangenheit geschehen. An Thomas Iseli gewandt hielt er fest, dass es nicht ginge, das Guthaben der Pensionskasse zu mindern.

Mario Senn (FDP) stellte fest, dass der Antrag der RPK mit dem Giesskannenprinzip gut gemeint sei, aber nicht gut gemacht. Er kritisierte ausserdem das Fehlen eines Minderheitsantrages aus der RPK und die Weigerung der Kommission, Minderheitsanträge in

ihren Antrag aufzunehmen. Er akzeptierte die Nähe der städtischen Schulden zur Schuldenobergrenze wie auch die Investitionen, die vom Grossen Gemeinderat beschlossen wurden. Der Stadtrat habe zwar korrekt budgetiert, aber aus Erfahrungen der letzten Jahre wisse man, dass der Stadtrat immer zu konservativ budgetiere. In einer Krise wie der jetzigen die Steuern zu erhöhen ginge nicht. Er malte das Gespenst einer Inflation an die Wand und monierte, dass der Stadtrat die Inflation im Budget nicht berücksichtigt habe. Die Schuldenbremse habe man eingeführt, um Ausgaben zu hinterfragen. Sie sehe aber auch Ausnahmen vor und die aktuelle Situation sei eine Ausnahme. Es bedürfe nur eines entsprechenden Beschlusses des Gemeinderates.

Stadträtin Karin Fein (FW) bestritt, dass die Schweiz in einer Wirtschaftskrise stecke, und wurde dabei von lauten Zwischenrufen aus der SVP-Fraktion gestört. Die Arbeitslosigkeit sei nicht markant höher, es gebe kaum Kostensteigerungen dank des starken Franken. Am Antrag der RPK kritisierte sie, dass die darin vorgesehenen Kürzungen nicht mit den Ressorts abgesprochen worden seien. Zur Kritik an die Zinsen für das Guthaben der Pensionskasse erwiderte sie, dass die Pensionskasse ihr Guthaben abziehen und anderswo anlegen könne. Die Stadt müsse dann ein Loch von 2,5 Mio. Franken durch Kredite stopfen. Beim jetzigen Schuldenstand sei eine Kapitalaufnahme jedoch schwierig. Zur Kritik an der Genauigkeit der Steuerprognosen sagte sie, dass wegen der Verzögerungen der Steuerausscheidungen, auf die die Stadt keinen Einfluss habe, keine genaueren Prognosen möglich seien.

Bei den nun folgenden Abstimmungen zu den Einzelbudgets zeigte sich, dass nur die Fraktionen der SVP und der FDP/EVP den Anträgen der RPK folgte - und das auch nicht immer geschlossen. Den sechs bis zehn Stimmen für die Anträge der RPK standen jeweils 23 bis 26 Stimmen für den Gegenantrag der SP, GP, GLP, Mitte und FW gegenüber. Bei der Abstimmung über den Steuerfuss gab es nochmals einen Austausch an Argumenten zwischen Mario Senn (FDP), Marianne Oswald (GP), Urs Weyermann (SVP) und Stadträtin Karin Fein (FW) zur Frage, ob es in der Schweiz aktuell eine Wirtschaftskrise und eine Inflation gebe. Die Abstimmung ergab dann 19 Stimmen der Fraktionen von SP, GP, Mitte/GLP und FW für die Erhöhung des Steuerfusses auf 102 Prozent gegen 14 Stimmen der SVP und der FDP/EVP bei einer Enthaltung. Das Budget wurde mit 25 gegen 9 Stimmen angenommen.